



Mit einem ungewöhnlich deutlichen Vorstoß hat Frankreich auf die zunehmenden Spannungen rund um Grönland reagiert: Paris fordert ein Nato-Manöver auf der größten Insel der Welt – und erklärt sich bereit, auch Truppen zu entsenden. Hintergrund ist eine neue Eskalationsstufe im Konflikt mit den USA. Präsident Donald Trump bekämpfte in Davos erneut seine Absicht, Grönland dem dänischen Königreich abzukaufen – oder notfalls mit Gewalt unter amerikanische Kontrolle zu bringen. Die diplomatische Konfrontation droht nun, sich zu einer strategischen Zerreißprobe für das transatlantische Bündnis auszuwachsen.

Grönland als geopolitischer Brennpunkt

Die strategische Bedeutung Grönlands ist seit dem Kalten Krieg unbestritten – und sie wächst. Die Insel ist reich an seltenen Erden, liegt an zentralen Routen für die Arktisdurchfahrt und beherbergt mit Thule eine der wichtigsten US-Militärbasen außerhalb des amerikanischen Festlands. Doch was bislang als fester Bestandteil der Nato-Ordnung galt, wird nun offen in Frage gestellt. Trumps wiederholte Ankündigungen, Grönland in den amerikanischen Einflussbereich einzugliedern, untergraben nicht nur das Verhältnis zu Dänemark, sondern rütteln am Fundament der kollektiven Sicherheit.

Als Trump in einer Pressekonferenz gefragt wurde, wie weit er zu gehen bereit sei, um das Gebiet zu erwerben, antwortete er kryptisch: „Das werden Sie bald erfahren.“ Gleichzeitig warnt das US-Finanzministerium vor angeblicher „wirtschaftlicher Desintegration Europas“, falls die EU Widerstand leiste. Beobachter werten dies als verdeckten Hinweis auf mögliche weitere Sanktionen. In Nuuk, der Hauptstadt Grönlands, wurden derweil erstmals seit Jahrzehnten dänische und grönländische Flaggen gemeinsam vor dem US-Konsulat gehisst – ein symbolischer Akt des Widerstands.

Macrons Konter: europäische Eigenständigkeit und Abschreckung

In seiner Rede beim Weltwirtschaftsforum nahm Emmanuel Macron ungewöhnlich scharf Stellung: Die amerikanischen Drohungen seien „inakzeptabel“, Europa müsse sich „gegen jede Form der Subordination“ zur Wehr setzen. Der französische Präsident, der sich bereits seit Jahren für eine strategische Autonomie Europas einsetzt, nutzt die Eskalation um Grönland, um seine Position zu unterstreichen. Die Forderung nach einem Nato-Manöver auf der Insel dient dabei nicht nur der militärischen Präsenz, sondern auch als diplomatisches Signal: Frankreich ist bereit, die Verantwortung für die Sicherheit Europas aktiv mitzutragen.

Macron weiß dabei um die heikle Balance. Einerseits stellt er sich gegen den amerikanischen Vorstoß, andererseits betont er die Bedeutung des Nato-Bündnisses. Ein Manöver auf



grönländischem Boden – mit Beteiligung mehrerer europäischer Staaten – könnte als Testfall dienen, wie handlungsfähig das Bündnis im Innern wirklich ist. Sollte Washington sich verweigern oder das Vorhaben blockieren, würde das eine tiefe Spaltung offenlegen.

Dänemark und Grönland unter Druck

Für das Königreich Dänemark ist die Situation eine diplomatische Gratwanderung. Einerseits will man die territoriale Integrität wahren, andererseits vermeidet Kopenhagen bislang jede offene Konfrontation mit Washington. Doch der Druck wächst. Der Premierminister Grönlands, Jens-Frederik Nielsen, rief bereits öffentlich zur „zivilen und militärischen Bereitschaft“ auf. Die Bevölkerung Grönlands – kaum mehr als 56.000 Menschen – sieht sich erstmals seit Jahrzehnten mit der realen Möglichkeit einer geopolitischen Konfrontation auf eigenem Boden konfrontiert.

In der dänischen Presse mehren sich Stimmen, die ein stärkeres europäisches Engagement fordern – nicht zuletzt, um einer amerikanischen Alleinentscheidung zuvorzukommen. Der Ruf nach einer europäischen Verteidigungspolitik bekommt durch die Krise rund um Grönland neuen Auftrieb.

Nato am Scheideweg

Die Episode wirft grundsätzliche Fragen über die Zukunft des westlichen Verteidigungsbündnisses auf. Sollte ein Mitgliedsstaat – in diesem Fall die USA – offen damit drohen, einem anderen Mitgliedsland ein autonomes Gebiet abzukaufen oder notfalls militärisch zu sichern, dann steht das Prinzip der kollektiven Sicherheit infrage. Der litauische Präsident Gitanas Nauseda sprach am Rande des Forums in Davos von einem möglichen „Todesstoß für die Nato“, sollte ein solcher Präzedenzfall zugelassen werden.

Die Allianz ist damit gezwungen, sich selbst zu definieren: Handelt es sich um ein Bündnis gleichberechtigter Partner – oder ist es, wie Macron mehrfach betont hat, de facto ein „amerikanisch dominiertes Sicherheitskonstrukt“? Grönland wird in diesem Zusammenhang zum Lackmustest. Nicht nur für die Nato, sondern auch für das Selbstverständnis Europas.

Die kommenden Tage dürfen zeigen, ob die transatlantische Partnerschaft noch in der Lage ist, Konflikte innerhalb des Bündnisses friedlich und konstruktiv zu lösen – oder ob Grönland zum Symbol ihres Zerfalls wird.

Autor: P. Tiko